

Theorie-Praxis-Diskurs: Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts? (Rechts)populistische Einfallstore und Gegenstrategien

In den vergangenen Jahren sorgten immer wieder rechtspopulistische Aktivitäten und Gruppen in zivilgesellschaftlichen Arenen für mediale Aufmerksamkeit. Dazu zählen die Mobilisierung von Pegida, das Werben für alternative Gewerkschaften und Betriebsratssitze oder Diskurse um die Einladungen von AFD Vertreter*innen zu den Kirchentagen. Diese Bestrebungen verdeutlichen, dass der Rechtspopulismus Einzug in die Zivilgesellschaft gefunden hat und damit eine zunehmende Herausforderung für eine offene Gesellschaft sowie demokratische Strukturen darstellt.

Welche rechtspopulistischen Aktivitäten gibt es einerseits und wie reagieren die großen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf das Phänomen eines erstarkenden Rechtspopulismus andererseits? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der **Theorie-Praxis-Diskurs „Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts? (Rechts)populistische Einfallstore und Gegenstrategien“** am 26. Oktober 2021 via Zoom. Das regelmäßig stattfindende Format bietet einen Austausch über aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen zwischen Wissenschaft und Alltagspraxis und ist ein wesentlicher Bestandteil des Projekts **„Grade Rücken – Haltung im Dialog zeigen!“**

„Grade Rücken – Haltung im Dialog zeigen“ richtet sich an die ehren- und hauptamtlich tätigen Akteur*innen innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen von Arbeit und Leben NRW. Ziel ist die individuelle Stärkung im Umgang mit demokratiefeindlichen sowie menschenverachtenden Äußerungen und Situationen im Rahmen der Seminar- und Projektaktivitäten. Die Förderung erfolgt durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat im Rahmen des Bundesprogramms Zusammenhalt durch Teilhabe.

Zu Beginn der Veranstaltung präsentierte Mitautorin **Jennifer Ten Elsen** die Ergebnisse einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung, die rechtspopulistische Aktivitäten in organisierten zivilgesellschaftlichen Räumen systematisch und vergleichend betrachtete. Die vorgetragenen Ergebnisse stellten den

Ausgangspunkt der anschließenden Diskussion dar. Das Ziel bestand darin, die wissenschaftlichen Befunde durch Erfahrungen und Lösungsansätze aus der Praxis zu ergänzen. Zu diesem Zweck wurden **Anne Knauf**, Abteilungsleiterin für die Bereiche Wissenschaft und Demokratie beim DGB NRW, **Nina Reip**, Referentin der Geschäftsstelle des Netzwerkes Sport & Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde bei der Deutschen Sportjugend und **Martina Gemmar**, Leiterin des Projekts „Zusammenhalt durch Teilhabe – Gelebte Demokratie“ bei der Caritas, zur Veranstaltung eingeladen.

Da der Themenbereich weitestgehend unerforscht ist, verfolgte die Studie einen explorativen Ansatz und fokussierte insgesamt fünf Bereiche – die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände sowie den organisierten Sport- und Kulturbereich – um ein umfassendes Bild der heterogenen und ambivalenten Zivilgesellschaft abdecken zu können. Außerdem wurde untersucht, welche Reaktionen auf Seiten der jeweiligen Organisation im Umgang mit diesen Einflüssen erkennbar sind.

Rechtspopulismus zeichnet sich, laut Ten Elsen, durch folgende Basiserzählung aus: Es gibt eine vertikale Achse „wir gegen die da oben“ und eine horizontale Achse „wir gegen die anderen“. Dagegen zeigt sich Rechtsextremismus in antidemokratischen sowie menschenfeindlichen Haltungen und der Bestrebung, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden. Die rechtspopulistischen Interventionen in den untersuchten Organisationen bestätigten die zwei Formen der Abgrenzung.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass Institutionen oftmals in ihrer Funktion delegitimiert werden, wo sie universell, pluralistisch und offen agieren oder ihnen wird ein Fehlen politischer Neutralität vorgeworfen.

In der Praxis geht es oftmals um die Frage: Wie reagiert man, wenn die eigenen Mitglieder rechte Positionen vertreten? Wichtig sei es, sich dieser Entwicklung sowie den damit verbundenen

Gefördert durch:

GRADE RÜCKEN

HALTUNG
IM DIALOG ZEIGEN!

Problemen zu stellen, sie sich bewusst zu machen und darüber zu reden. Dazu gehört auch, die eigene Haltung und Positionierung zu reflektieren. Eine Teilnehmerin sagte, dass es bereits eine große Errungenschaft der letzten Jahre ist, dass die Sensibilität für das Thema in allen Bereichen gestiegen ist. Gleichzeitig muss die Position der Organisation stärker betont und nach außen getragen werden: „Wir als Gewerkschaften stehen eben nicht für ein antidemokratisches, menschenfeindliches Menschenbild, sondern eben für das Gegenteil“, so Anne Knauf. Darauf aufbauend werden Workshops oder Argumentationstrainings als Gegenstrategien eingesetzt, um der eigenen Haltung Sicherheit gegenüber rechten Interventionen zu geben.

Ein weiteres Problem stellt die Bemühung der AfD dar, in den Organisationen anzukommen und sich dort zu vernetzen. Eine wesentliche Frage lautet daher: Wie geht man mit einer Partei um, die demokratisch gewählt ist, aber offen antidemokratische Positionen vertritt und teilweise sogar das Staatssystem stürzen will?

Insofern rechtes Gedankengut in den eigenen Reihen identifiziert wird, sei es wichtig, Kontakt mit der Person aufzunehmen und zu versuchen die Argumentation der AfD zu widerlegen. Auch die Frage, ob Vertreter*innen der AfD zu Veranstaltungen eingeladen werden sollten, treibt viele Organisationen um. Eine Teilnehmerin äußerte diesbezüglich große Unsicherheiten. Andere wiederum verfolgen die strikte Position, die AfD nicht einzuladen. Es ist ungewiss, ob es gelingt, die AfD auf offener Bühne zu entzaubern, denn das Problem

besteht darin, dass sie in vielen Bereichen ähnliche Argumente und Forderungen anbringen kann, welche aber von einem ganz anderen Hintergrund, einer ganz anderen Basis kommen.

In der Vergangenheit führte die Entscheidung, die AfD nicht einzuladen, oft zu Gegenprotesten mit starker medialer Aufmachung. Im Vordergrund stand dabei, dass eine demokratisch gewählte Partei ausgegrenzt wird, obwohl es in Wahrheit um die Inhalte geht, die abgelehnt und nicht erwünscht sind. Um diesem Narrativ entgegenzuwirken, besteht die Möglichkeit, zukünftige Veranstaltungen unter einem bestimmten Thema zu organisieren. Was ist uns wichtig bei unserer Veranstaltung? Was wollen wir eigentlich vermitteln? Wollen wir jeden einzelnen gleichwertig vorstellen lassen? Ist das unser Ziel oder wollen wir einfach themenbasiert, miteinander streiten und diskutieren? Diese Leitfragen können bei der Einladung von passenden Referent*innen helfen. Diese Herangehensweise bietet außerdem weniger Angriffspotenzial bei fehlender Beteiligung der AfD, da gezielt diejenigen Personen eingeladen werden, welche geeignete Beiträge liefern. Gleichzeitig müssen auch die Politik, die Fördermittelgeber, Ministerien oder Verwaltungen bei diesen Diskussionen dabei sein und sich ähnlich positionieren und klarstellen, wem sie wann wie den Rücken stärken.

Wie geht es weiter? Es werden weitere Theorie-Praxis-Diskurse stattfinden, bei denen neue Themen und Fragestellungen behandelt werden, aber auch Fragestellungen dieser Veranstaltung erneut aufgegriffen werden können.

Wir danken für das Interesse und die Teilnahme und freuen uns auf weitere spannende Veranstaltungen!

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

